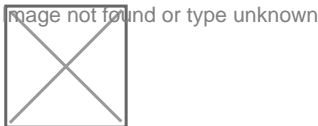

FDP Usingen

DAS UNTERNEHMERGESPRÄCH MIT BETTEN GÜNTHER

23.02.2021

GESCHÄFTSLEUTE APPELLIEREN AN DIE POLITIK

USINGEN - Dirk Günther bittet um Bürokratieabbau und tragfähige Konzepte für den Einzelhandel



Dirk Günther, der in Usingen und Niederbrechen seine Verkaufshäuser hat, warb gestern darum, dass auch die lokale Politik mehr Mut in der Krise zeigt, um den Handel zu stärken. Auch ein Konzept sei besser als generelle Schließungen. foto: privat

Völlig unaufgeregt, fast schon im Stil eines Nachrichtensprechers, hat Dirk Günther vom gleichnamigen Bettenhaus mit Standorten in Usingen und Niederbrechen gestern bei einer Video-Pressekonferenz Alarm geschlagen. Der Chef des seit über 30 Jahren am Markt agierenden Unternehmens mit zehn Mitarbeitern hat seine Kollegen in dieser Woche alle in Kurzarbeit senden müssen. Konnte das Unternehmen 2020 die Corona-Beschränkungen mit Einsatz und Fantasie noch über die Bühne schaukeln, sind seit Dezember der Kundenverkehr respektive die Verkaufszahlen auf Null geschrumpft. Eigentlich schon ins Minus, denn laufende Kosten stehen weiter an.

Für Ralf Müller vom Gewerbeverein und seinen FDP-Parteikollegen Bernd Büchner Anlass genug, den Fall als symptomatisch aufzuarbeiten und zu einem Gespräch zu laden. Denn Günther hat mitnichten seine Hände in den Schoß gelegt und sehenden Auges im Sessel die Lage auf sich zukommen lassen.

"Es war absehbar, dass der Einzelhandel in diese Lage kommt", sagt Günther, der sich und sein Unternehmen bis Ende des vergangenen Jahres mit entsprechenden Maßnahmen abgesichert hatte. Da Günther den Großteil seiner Angebote im Gesundheitsbereich hat und täglich viele Kunden anrufen, die mit Kreuzschmerzen oder sonstigen körperlichen Unzulänglichkeiten auf eine entsprechende Schlafunterlage angewiesen sind, schrieb er an die entsprechenden Behörden einen drei Seiten langen Brief und bat um die Genehmigung, das Unternehmen öffnen zu dürfen.

Filteranlagen, Masken und Handschuhe

Natürlich nicht, ohne ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Das Haus hat mit Filteranlagen aufgerüstet, Masken und Handschuhe für Mitarbeiter sind Pflicht, Lüftungsintervalle ebenfalls. "Und wir beraten natürlich in Einzelgesprächen", so Günther. Diese seien nur nach vorheriger Terminabsprache möglich - aber das eigentlich schon seit Jahren.

Die Antwort kam prompt aus den Ämtern Hochtaunus und Lahn-Dill und lautete - salopp formuliert - nö! Im typisch deutschen Amtskauderwelsch wurde er auf Vorschriften und Auslegungshinweise sowie Verordnungen hingewiesen, eine Ausnahme für Dienstleistungsanbieter sei nicht vorgesehen, eine Öffnung sei ein "Umgehungstatbestand". Da musste der Firmenchef dann schon mal schlucken, weil er ja nur eine Anfrage startete und nicht gleich geöffnet hat. Dafür kam dann öfter mal die Ordnungsbehörde vorbei und rüttelte an der Tür, ob auch wirklich geschlossen ist.

Nein, Vorwürfe sind nicht Günthers Sache. "Die Ämter tun, was das Gesetz vorgibt. Ein anderes Handeln ist also von ihrer Seite aus nicht möglich." Nur, und hier legt er einen Finger in die Wunde: "Der kleine Einzelhandel hat im vergangenen Jahr viel investiert, um die Hygieneauflagen zu erfüllen, und Konzepte erstellt. Und dann sehe ich, dass in Lebensmittelmärkten die Vorgaben bei Kundenzahl und Hygiene oft nur noch sporadisch angewandt werden." Zudem würden Sortimente angeboten, die mit Lebensmittel wenig zu tun haben, ergänzt Müller.

Flexible Planungen

Gunther fordert keine Öffnung ad hoc, aber ein Konzept - vor allem ein flexibles Konzept, das auf weitere Krisen durch Corona vorbereitet ist und auch individuell den Handel betrachtet. Denn was Gesundheit angeht, kann er mitreden, das zweite Staatsexamen als

Mediziner hat er absolviert. "Von daher weiß ich, dass mit jeder Mutation des Virus' die Krankheitsfälle wieder zunehmen. Und mit mehr Fällen steigt auch die Gefahr weiterer Mutationen." Deshalb sei es falsch, ständig nur auf die tagesaktuellen Ereignisse zu reagieren, sondern ein zukunftsfähiges Programm müsse her.

Dieses zu erstellen, sei nur mit dem Einzelhandel gemeinsam möglich. "Keiner wird sich sperren, hier mitzuarbeiten. Und alle sind sicher bereit, auch Zugangsbeschränkungen oder Testreihen durchzuführen, schließlich will niemand krank werden", so der Firmenchef. Der allerdings die Berliner Politik - und hier speziell Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) - aufs Korn nimmt, der mit einigen Aussagen den Handel verärgerte. "Wenn ich höre, dass es so schlimm nicht stehen kann, weil nur 50 Prozent vom Einzelhandel Kurzarbeit beantragt haben, dann muss er sich fragen lassen, ob er weiß, wer den kleinen Einzelhandel betreibt? Das sind die Firmeninhaber selbst und 450-Euro-Kräfte. Und beide haben kein Recht auf Kurzarbeitergeld."

Auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) kommt nicht gut weg. "Ich kenne Kollegen, die um Halbierung des Mitgliedsbeitrags gebeten haben - und bis heute nichts hörten. Und wo ist die IHK, wenn es um die Anträge der staatlichen Hilfen geht? Wenn wir dies über den Steuerberater machen, ist ein Großteil des Geldes für dessen Honorar weg. Hier könnte man den Handel unterstützen."

Stundungen sind auch Kredite

Es helfe auch nicht, eine Gewerbesteuerstundung anzubieten. "Stundung heißt: Ich zahle es dennoch irgendwann. Von was, wenn wir keine Einnahmen haben und die auch nicht mehr reinholen?" Völliges Unverständnis zeigt er aber, wenn es um die finanziellen Hilfen geht. "Herr Altmaier hat erst diese Woche betont, das die Novemberhilfe zu 40, die Dezemberhilfe zu 50 Prozent ausgezahlt ist. Dass wir bald März haben, weiß er aber?" Und wer nun einen neuen Antrag auf Hilfe ausfüllen wolle, müsse 59 DIN A 4-Seiten durchackern: "Das kann der kleine Einzelhändler nur mit Hilfe, die wieder kostet."

Günther plädiert für eine viel einfachere Regelung der Hilfen in drei Stufen: "Die Soforthilfe bis 10 000 Euro sollte unbürokratisch und schnell fließen, da muss eine Mail reichen. Die nächste Stufe ist dann schon mit Unterlagen zu versehen, wer die große Hilfemöchte, muss eben die 59 Seiten ausfüllen."

Das wären echte Hilfen mit weniger Bürokratie. "Die Finanzämter haben alle Unterlagen und können im Nachhinein sehen, wer Geld bekommen hat und ob zurecht." Nur: Jetzt benötige der Handel Hilfe, nicht in einigen Monaten. Dirk Günther fordert, dass auch die lokale Politik mehr Verantwortung übernimmt. In Rostock etwa habe Claus Ruhe Madsen als Oberbürgermeister den Handel geöffnet, Schulen und Kitas - unter strengen Auflagen und vielen Schnelltests. So wollte er herausfinden, wo Infektionsketten und -herde seien. "Ein Modell, das eigentlich überall greifen könnte", so Günther.

Bisher werde alles über einen Kamm geschert, was eben zu Ungerechtigkeiten führe. "Wir werden noch lange mit der Pandemie leben müssen. Dauer-Schließungen sind keine Lösung."

Günther wirbt aber auch um Zusammenhalt. "Wir sind alle von Corona betroffen, und Schuld hat niemand. Ich glaube, dass die Politik gute Wege sucht, aber wir müssen gemeinsam Lösungen finden ohne Verallgemeinerungen." bur

Quellenangabe: Usinger Neue Presse vom 20.02.2021, Seite 17